

02.12.2011 - 02:00 Uhr

Linke sieht private Altersvorsorge durch Finanzkrise bedroht Parteichef Ernst fordert Ausstieg aus staatlicher Riester-Förderung: "Wir brauchen ein Ausstiegsszenario"*Essen (ots) -*

Die Linkspartei sieht wegen der Finanzkrise die private Altersvorsorge von Millionen Bürgern bedroht und fordert deshalb eine radikale Kehrtwende der Politik. "Lebensversicherungen und Pensionskassen haben Milliarden in Staatsanleihen investiert, die jetzt wackeln", warnte Linke-Parteichef Klaus Ernst im Gespräch mit den Zeitungen der Essener WAZ-Mediengruppe (Freitagausgaben). Die staatliche Förderung von Riester- und Betriebsrenten müsse beendet werden, die Bürger sollten ihre Ansprüche aus solchen Verträgen in die gesetzliche Rentenversicherung übertragen können, forderte Ernst. "Wir brauchen ein Ausstiegsszenario: Alle, die Geld in Betriebsrenten oder Riesterrenten eingezahlt haben, sollten ein zeitliches befristetes Wahlrecht bekommen, ob sie das Kapital ohne Verlust in die gesetzliche Rentenversicherung überführen wollten". Dort würden ihnen entsprechend Entgeltpunkte gutgeschrieben. Nach seinem Modell würde man für die Überführung von 11.000 Euro Kapital einen gesicherten Rentenanspruch von rund 50 Euro erhalten, der über die Jahre steigen würde. Ernst sagte, der Weg in die private Vorsorge sei ein Fehler gewesen. "Wer die Rente über den Finanzmarkt organisieren will, kann auch ein Krankenhaus auf dem Ätna bauen."

Kontakt:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Zentralredaktion
Telefon: 0201 / 804-6528
zentralredaktion@waz.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100013710/100709326> abgerufen werden.